

**Ercheint täglich**  
 zweimal wöchentlich mit Ausnahme  
 der Sonntage und Feiertage.

**Bezugspreis**  
 monatlich 60 Pf., frei im Haus,  
 durch die Post versandt 65 Pf.,  
 1/2 Jahr ohne Postgebühr.

**„Die Neue Welt“**  
 (Unterhaltungsbeltage),  
 monatlich 10 Pfennig.

**Schriftleitung:**  
 Herr Dr. G. B. Schulze, 1888  
 Osterstraße, mer-lage 100  
 12-1 Uhr mittags.

# SOZIALDEMOKRATIE

Sozialdemokratisches Organ

**Anzeigengebühr**  
 beträgt für die 6spaltigen  
 Zeilen ab dem 20. Jan. 1914  
 20 Pf., für auswärts 30 Pf.,  
 1/2 Jahr ohne Postgebühr  
 dem Gesetz die Seite 70 Pf.

**Anzeigen**  
 für die fällige Nummer  
 müssen spätestens die vor-  
 mittags 12 Uhr in der Ge-  
 schäftsstelle aufgegeben sein.

**Hauptgeschäftsstelle:**  
 Herr Dr. G. B. Schulze, 1888  
 Osterstraße, mer-lage 100  
 12-1 Uhr mittags.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

## Der Ausgang?

Les satisfaits.

Ueber die Reichstags-Sitzung am Sonnabend schreibt der Vorwärts:

Les satisfaits, die Befriedigten, nannte man in der französischen Julimonarchie jene bourgeoise Kammermehrheit, die unter der Leitung Ludwigs Philipp und seines Ministers Guizot aus den Mistflößen des Kapitalismus sich den Staat vollstah und durch die Regierung durch die Hände führte. Solche satisfaits, solche um jeden Preis befriedigten Elemente, sind auch die bürgerlichen Parteien des deutschen Reichstags seit der vorgefertigten Rede des Kanzlers oder eigentlich schon vorher. Der deutsche Reichstag hat zwar in Jabern vom Militarismus einen derben Kolbenhieb über den Kopf erhalten, aber er bekam einen neuen Umhang die Schläfen und dann flüchte man ihm noch ein Verhütungspulver ein, das er willig schluckte, und jetzt ist er wieder fidel und munter, obwohl der Kolben zum nächsten Schlag schon erhoben ist. Ja, über allen Mistflößen ist auch und selbst in den fortschrittlichen Wäntern spürst du kaum einen Hauch. Auch sie predigen Sanftmut, auch sie sind von Weibmann Hollweg befriedigt, auch sie gefallen sich in einer formalen Unterstützung über die angeblichen „lakialen Angriffe“ der Sozialdemokratie gegen den Kronprinzen, auch sie erklären: Genug von Jabern! Les satisfaits!

Wiegt die Sache etwa an einem meisterlichen Regie-Auschnitt des Herrn v. Bethmann-Hollweg? Hat er von dem Zeitlinger, der vor ihm in der Weisheitsrede wohnt, gelernt, wie man die Marionetten an den Fäden nach Belieben jappeln läßt? Dem Reichstagskanzler war vorgelesen wie nur je ein falscher, broderer Herring, eingewickelt in löcherpapierene Bureaukranten-Weisheit, und fahsig gar bradete er noch weniger als am 3. Dezember. Damals nahm er wenigstens einen wenn auch herzoglichen Anlauf, um die vom Vajoneti bedrohte Verfassung zu schützen, damals fand er wenigstens wenn auch bedingte und eingeschränkte Worte des Tadelns für die militärischen Ausreitungen in Jabern. Inzwischen haben die Kriegserklärungs-Verhandlungen in Strassburg klipp und klar bewiesen, daß alles noch viel schlimmer war, als man anfangs angenommen, und daß ein gelehrtes, erdachtliches Geißel, der alle Jurisprudenz vor dem Maschinengewehr kapitulieren läßt, in diesen Kreisen des Offizierskorps wohnt. Und da hält der Reichstagskanzler es nicht einmal für nötig, auf die Interpellationen zu antworten, denn was er vorzuzug, war keine Antwort, sondern ein herumreden um die Antwort. Was geschieht der Reichstagskanzler, um nun, um ähnlichen Liebesgriffen vorzubeugen? Gar nichts geknert er zu tun! Die Kabinettssorder von 1820 soll „nachgeprüft“ werden. Wissen wir schon! Und weiter! Nichts weiter! Schluss! Nicht einmal die Anberstung, daß ob und wann das Ergebnis dieser „Nachprüfung“ dem Reichstag bekanntgegeben wird! Und trotz alledem ist eine himmlische Ruhe über die bürgerlichen Parteien gekommen und sie atmen auf, als sei der Alp Jabern von ihrer Brust genommen.

Wie können eben nicht mehr! Wer so wie sie dem militärischen Willkürlichen Opfer um Opfer gebracht hat, der vermag nicht den Hammer zu heben und den Höhen in Scherben zu schlagen. Und was sie weiter unklug zu jedem ersten Widerstand gegen die Wadtrache des Tages macht, ist eine nicht unberechtigte Weltuntergangsstimmung, die sie im Schlimmen und Wachen nicht mehr vermag! Siehe, es will nicht werden, daß der Tag hat sich geklärt! Immer freies Reich, selbst der Reichstag hat die Weisheit der alten Ordnung frucht in allen Augen, von nahenden Umwälzungen gewittert am Horizont, und da sollten die Punkte dieser alten Ordnung noch so viel Wert in den Knochen aufbringen, um Kämpfe gegen eine Macht zu führen, die doch letzten Endes berufen scheint, die Massenkräfte der Westenden mit Maschinengewehren zu schütten? Sie können nicht mehr!

Darum treiben auch die Junker mit der bürgerlichen Opposition Schindluder und die Regierung verfährt ihr in gleichgültiger Verachtung Auftritt im Justiz. Als sich gestern früh zehn Uhr der Reichstag zusammensetzte, um über die Anträge und Resolutionen zu beraten, die von den Parteien im Zusammenhang mit Jabern eingebracht waren, da herrschte auf den Bänken der Regierung, so oft das Chaos herrschte, das Nichts. Kein Reichstagskanzler, kein Staatssekretär, kein Ministerialdirektor, kein Geheimrat, kein Vizepräsident, nichts, leere Stühle, leere Tische! Und auch hier keine schalle des Reichstags wie das unwürdige Bild aus Grotz und dem Berken entgegen. Das war denn der bürgerlichen Oppositionsparteien hoch zu viel. Der Reichstagskanzler Müller-Meininger wandte sich darum bei der kurzen Begründung der Anträge und Resolutionen scharf gegen den Reichstagskanzler, der aufeinander prozessieren und einen Konflikt hervorrufen wollte, und auch der Zentrumredner Scherer erklärte dem Antrag seiner Partei mit scharfer Spitze gegen die berühmte geordnete Kabinettssorder von 1820, während Herr Waffer mann auch durch die neueste Brückierung des Parlaments nicht aus seiner pseudo-olympischen Ruhe zu bringen war. Für Genossen Gasse bagegen hat diese Brückierung die Gelegenheit, den bürgerlichen Oppositionsparteien vom 3. Dezember zuzureifen, wie recht die Sozialdemokratie mit ihrer Kritik gehabt habe und wie nur der entschlossene Kampf hier besser könne. In der Aufwählung des Augenblicks entschieden sich denn die

Parteien, nachdem die Resolutionen angenommen und die Anträge an eine Kommission verwiesen waren, dafür, der Regierung einen kleinen Denzettel zu geben und nahmen, statt den Etat des Reichsmaßes des Innern weiter zu beraten, den von der Sozialdemokratie angeregten Antrag Götter-Gasse-Müller-Meininger auf Vertagung an.

Es ist noch einmal die erlöschende Flamme der Opposition ein wenig angeht worden. Aber sie wird kaum wieder zu heller Licht aufsteigen. Zu allgemein ist unter den bürgerlichen Parteien die Stimmung, der Germania Ausdruck leih:

Es ist nachgerade höchste Zeit, daß das Thema Jabern aus der öffentlichen Diskussion verdrängt und nicht noch weiter den Frieden im Innern stört, zumal eine Verkündung aller bürgerlichen Parteien, auch im Hinblick auf die auswärtige Lage, jetzt nötiger zu sein scheint als je zuvor.

Frieden! Ruhe! Präzision! Ich ja, Deutschland, die große Kinderstube ist keine politische Mördergrube!

### Regierungsgegeschw.

Die Brückierung des Reichstages durch die Regierung hat am Sonnabend selbst die zum Unfall bereiten bürgerlichen Parteien verärgert. Im Hinblick auf die leeren Stühle der Regierungssprecher fanden daher auch bürgerliche Redner scharfe Worte gegen den Reichstagskanzler. Das Kammerblatt führt nun diese Empörung zu beklagenden. In der Spitze der Nordd. Allg. Ztg. vom Sonntag ist ein langer Zorn aus tiefen, in dem es u. a. heißt:

Nach den Ausführungen einzelner Redner und insbesondere der daran antwortenden Erörterungen in der Presse hat es den Anschein, als wenn diese Vorgänge eine Verheerung bezeugen würde, die ihnen nicht zufällt. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß die verbündeten Regierungen sich in Beobachtung eines schon vom Fürsten Bismarck aufgestellten Grundgesetzes bei der Beratung von Initiativanträgen des Reichstags in der Regel nicht haben betreten lassen, und daß diese Leistung dem Reichstage gegenüber wiederholt mit dem Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen der Verfassung begründet worden ist. Soweit es sich bei den heute (Sonnabend) auf der Tagesordnung stehenden Anträgen nicht um Gelegenheitswörter, sondern um allgemeiner gehaltenen Wünsche, die auch ohne ein Eingreifen der Verfassung erfüllt werden konnten, handelte, hatte sich der Reichstagskanzler am Freitag bereits eingehend geäußert und dabei ausdrücklich betont, daß die Prüfung der Frage, ob und in welcher Weise eine Abänderung der Dienstvorschriften über das Verhalten des Militärs bei Störungen der öffentlichen Ordnung zu erfolgen habe, im Gange sei. Bei dieser Sachlage hätte eine Festhaltung von Vertretern der verbündeten Regierungen die heutigen Verhandlungen nicht fördern können; ganz abgesehen davon, daß bei einer Änderung der militärischen Dienstvorschriften eine Mitwirkung der gelegentlichen Faktoren nach der Verfassung nicht stattfinden kann.

Ob sich Bevollmächtigte zum Bundesrat an der Beratung von Initiativanträgen im Reichstage beteiligen sollen oder nicht, ist von den verbündeten Regierungen bisher je nach Lage des Falles und aus Erwägungen der Zweckmäßigkeit entschieden worden, und auch im vorliegenden Falle haben sie ihre Haltung lediglich nach Grundfragen eingerichtet, die seit Jahrzehnten in Übung sind.

Nichts als Worte. Im Grunde ihres Herzens sind der Regierung die Jabernarbeiten des Reichstages so wenig beachtlich, daß sie die „gemeinfache Gesellschaft“ am Sonnabend völlig ignorierte. Vielleicht glaubte sie dadurch betrugtrag, daß über Jabern sich bald das Dunkel der Vergessenheit legt.

Vor allem aber will die Regierung ihre Kabinettssorder von Anno Tobak retten, damit sie auf dem Verordnungsweg allein bestimmen kann, wann und wie das Militär über das Volk herrscht. Dadurch soll dem Reichstage das Recht, darüber zu entscheiden, genommen werden. Es wird noch schwere Kämpfe folgen, ehe die Militärdiktatur und die Annahme der Regierung in etwas gebrochen werden könne.

Die reaktionäre Presse ist freilich über die „fortschrittliche“ Regierung erfreut. Jedoch die Befriedigung des Reichstages machen ihr einige Sorge. Man sieht bereits die „kaiserliche Kommandogewalt“ schwinden und die Schaffung einheitlicher Bestimmungen für das ganze Reich fränkt sie. Die liberale Presse führt große Worte, die in diesen Wäntern aber wenig reellen Boden haben. So bemerkt die Freiz. Ztg.: „Im übrigen bleibt es ein unvergängliches Verdienst des Reichstages, daß er in der Verprechung der Jabernarbeiten inmitten des wüsten Treibens der Junker und Militärs dem Volke gezeigt hat, daß es an ihm, soweit es in seiner Macht liegt, einen Halt hat gegen Unrecht und für Recht.“ Mit Recht bemerkt das Berl. Tagbl.: „es ist leider noch sehr die Frage, ob die geforderten Garantien auch wirklich gemacht werden können. Darüber indeffen mußte man sich klar sein, daß eine solche Korrektur der gesetzlichen Bestimmungen über die militärische Macht und Willkür nicht ausreichen würde, um die sehr starke Erregung des Volkes über die Jabernarbeiten und ihre Konsequenzen zu beseitigen.“

### Freireinliche Quartreiter.

Les dieser vorliegend angeführten Ansicht einiger linksliberaler Kreise vermag jetzt die fortgeschrittliche Reichs-

tagsfraktion, den Vorstoß gegen die Militärdiktatur abzuwehren. Die Abg. Dr. Bläß und Genossen haben folgenden Änderungsantrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, den Antrag Albrecht und Genossen wie folgt zu fassen: Dem Reichstagskanzler zu erlauben, einen Gelegenheitswörter einzubringen, durch den die Militärspersonen des aktiven Heeres und der aktiven Marine und die übrigen im § 1 der Militärsgerichtsordnung für das Deutsche Reich genannten Personen der bürgerlichen Strafgerichtsbarkeit wegen derjenigen strafbaren Handlungen unterstellt werden, welche nicht militärische Verbrechen oder Vergehen sind.

Dieser Antrag macht die ganze Aktion wirkungslos. Denn „nicht militärische“ Verbrechen sind schließlich nur Diebstahl und dergleichen. Aber wenn diese Delikte dann auch von bürgerlichen Gerichten abgeurteilt werden könnten, so hat das noch keinerlei Schwächung der Militärgewalt zur Folge. Alle Konflikte mit dem Volke und alle Ausreitungen gegen das Volk würden dann sofort als „militärische“ Sachen erklärt und der Aburteilung durch Militärgerichte vorbehalten werden. Demnach ist der freireinliche Antrag eine Halbheit, mehr noch; er ist direkt gefährlich.

### „Nur ein Krieg kann helfen!“

Die Presse des Preußenbundes hebt wieder einmal zum Krieg. So schreibt ein angeleglicher Schläfer in dem Organ der Mühlentanzkreuzer, der Wolf:

Ich fürchte leider, daß auch die energiegelassen und verständigsten Maßnahmen heute nicht mehr ausreichen werden, um die reichsständische Bevölkerung für das Deutschland zu gewinnen. Selbst durch eine Annexion an Preußen, wie sie von v. Bismarck (1) Reiten vorgeschlagen wird, würde dieser Zweck kaum mehr erreicht werden. Dazu sind die Verhältnisse schon zu sehr bis in die Wurzel verderbt. Es wird meines Erachtens erst eines neuen großen Krieges gegen Frankreich bedürfen, um in dem politischen Teil der Bevölkerung die Hoffnung auf eine Losrennung von Deutschland endgültig zu zerstören. Bis dieser Krieg geschehen ist, werden wir im Reichslande weiter leben müssen wie in Preußen und uns gegen offenen Verrat zu schützen haben.

Diese blutdürstige Moral ist der „starken Männer“ würdig. Sie verlangt eine Reichsständerei, weil sich die reichsständische Bevölkerung dem Selbstregiment nicht widerprüchlich fügen will. Aus diesem Grunde soll die deutsche Armee über das französische Volk herfallen: Es gibt keine größere und vornehmeren Verbrecher als die deutschen nationalen Kriegshörer.

### Die kommenden Männer für Elsaß-Lothringen.

Die Nützlich- und Schamfalschpresse kann die Zeit nicht erwarten, da die bisherige „Zivil“-Regierung in Elsaß-Lothringen in der Verfassung verdrängt. Sie kombinieren und dirigieren, soviel sie können. Schon mehrfach wurde von dieser Presse die Bitte der neuen Männer für Elsaß-Lothringen aufgezählt. Jetzt hört die „Elbsalbst“-Ztg., das Blatt der reichsständischen Schlotbarone, von „beunruhigender Seite“, daß die Wahl für den Statthalterposten ebenfalls zwischen dem Fürsten Bilow und dem Oberpräsidenten Frh. von Rheinbaben schwänze. In die Stelle Jörn v. Buland, der gleich dem Grafen Wedel beschämten wird, komme entweder der schon genannte Reichspräsident Frh. v. Bülow oder Herr v. Bülow, der Reichspräsident v. Bülow. Inzwischen hat Herr v. Bülow sein Amt als Reichspräsident aufgegeben. Er werde der einzige Schläfer in der künftigen Elsaß-Lothringischen Verwaltung sein.

Obgleich diese Kombinationen an sich wenig Bedeutung haben, zeigen sie doch, wohin die einflüchtigen Kreise treiben. Der Sieg der Militärs über die „Zivil“-Regierung soll ein vollkommener werden.

### Jabern und analische Flottenrüstungen.

Aus London wird uns geschrieben: Der Daily Chronicle, ein liberales Blatt, das jetzt gegen die hohen Rüstungsfordernungen des Flottenministers entschiedene Stellung nimmt, bringt die folgende Aufschrift eines seiner Leser:

Ich habe immer liberal gestimmt, bin mein Leben lang ein Homoculer und Anhänger des Einkammerstystems gewesen und himme mit der Kritik der Singletzer (extremen Wobensreformer) gegen die Arrivallit Lord Georges überein, aber ich will nicht geändert werden und würde mich Jahre der Herrschaft Bonar Law (des internationalen Führers) fünf Monaten der Herrschaft von Mears wehren. Deshalb werde ich gegen die Regierung stimmen, wenn es zu einer Resignation Churchill wegen der Flottenfrage kommt.

Die Politik der extremen Sparfameit führt auf der falschen Voraussetzung, daß das deutsche Volk die deutsche Regierung beeinflusst. Der Zwischenfall von Jabern und seine Folge haben schließlich erwiesen, daß davon keine Rede sein kann.

Wir führen diese Aufschrift an, nicht weil sie etwa von besonders zwingender Logik wäre, sondern weil sie ohne Zweifel typisch ist für die Auffassungen und Stimmungen vieler Kreise demokratischer gesinnter Engländer. Vorgänge, wie die Jabern, haben eine direkte Stärkung des Flottenjingoismus in England und eine allgemeine Beförderung des internationalen Wettlaufens zur Folge. Nicht der russische Jingoismus, sondern der deutsche Militarismus ist heute der Quell der internationalen Reaktion.

# Terrorismus der Unternehmer.

„Was haben wir in unserer Zeit mehr hochzuhalten als eben den Schutz der persönlichen Freiheit? Dieser Schutz ist uns freilich aus Verfassung und Gesetzgebung heraus etwas Selbstverständliches geworden. Ein Grundrecht des Volkes. Aber wo ist dieser Schutz, wenn ein Arbeiter, der sich nicht einer bestimmten Organisation angeschlossen will, durch Verhörungen und alle möglichen Schädigungen von seiner Arbeitsstelle verdrängt wird und mit Weib und Kind als ein Geächteter herumziehen muß?“

Diese Worte gebraucht kürzlich das Leipziger Tageblatt zur Begründung des Arbeitsmängelgesetzes. Wohl an. Greifen wir die Worte auf und drehen wir die Frage um! Wo ist der Schutz, so muß gefragt werden, wenn sich ein Arbeiter entschließen hat, sich einer bestimmten Organisation anzuschließen? Wird er nicht vom Unternehmer „durch Verhörung und alle möglichen Schädigungen von seiner Arbeitsstelle verdrängt“ und muß er nicht „mit Weib und Kind als ein Geächteter herumziehen“?

Eine Fülle von Beweismaterial hierfür bringt ein Buch über Die Arbeitsordnungen in den gewerblichen Betrieben Deutschlands, das im Verlag von J. & W. Diez Nachf. in Stuttgart erschienen ist. Der Verfasser, Arbeitersekretär A. Lee in Halle (Saale) hat in über 2000 Arbeitsordnungen aus allen Gegenden des Reiches Einsicht genommen und einen Extract daraus zusammengestellt. Er zeigt, wie die Arbeitsordnung für die Unternehmer zum Mittel geworden ist, die in den verschiedenen Gegenden hier und da bestimmten schädlichen Vorschriften zum persönlichen, wirtschaftlichen und politischen Schutz der Arbeiter außer Kraft zu setzen und mit dem Mittel selbst den schlimmsten Terrorismus zu betreiben.

Der Absicht des Buches Die Arbeitsordnung als Kampfmittel gegen die Arbeiterbewegung führt unter genauer Angabe der Betriebe eine große Anzahl von Mustern aus den Arbeitsordnungen an, mit denen die Unternehmer jede freie Bewegung und den Anspruch an eine gewerkschaftliche und sozialdemokratische Organisation bekämpfen. Bestimmungen wie folgende: „Jede in der Beschäftigung eintretende Person darf weder als Mitglied noch in anderer Eigenschaft einer sozialdemokratischen Organisation angehören“, oder: „Die Agitation für einen Arbeiterverein oder eine sonstige Arbeiterorganisation, sind nur so häufig anzutreffen. In einer Arbeitsordnung vom Jahre 1898 steht folgendes:

„Es ist eine Ehrenpflicht der Arbeiter, sozialistische Agitationen und vergleichen unermächtigte, das Werk schädigende Handlungen zu verhindern und ungefümt zu Kenntnis ihres Vorgehens zu bringen. Es ist dies eine Verletzung der guten Kameradschaft, da derartige schmerzgefüllte Handlungen mit allen der Firma zu Gebote stehenden Mitteln gesühnt werden.“

Unter der Arbeitsordnung steht: „Geprüft und nichts zu erinnen. Agl. A. m. i. s. h. a. p. t. m. a. n. n. i. s. c. h. a. f. t. z. u. r. o. h. e. n. h. a. i. n.“

Und das alles, obgleich die Mehrheit des Reichstages bei der Beratung des Bürgerliche Gesetzbuchs Klauseln im Dienstvertrag, die dem Arbeiter das Vereinigungs- und Koalitionsrecht beschaffen, ausdrücklich für nichtwendig erklärte! Das Buch des Genossen A. Lee bietet auf 127 Seiten eine Fülle gut verarbeiteten Materials, das bei der gegenwärtigen Woge der Peze gegen das Koalitionsrecht gute Dienste leisten kann. Es verdient die weiteste Verbreitung.

## Politische Ueberblick.

Halle (Saale), 26. Januar 1914.

### Bundesrat gegen Reichstag.

Unendlich viel Zeit und Mühen des Reichstages sind letzten Endes umsonst aufgewendet, wenn der Bundesrat die Beschlässe des Reichstages einfach unberücksichtigt läßt und in den Papierkorb wirft. Das geschieht in reichem Maße. Das Zentrum hat deshalb zum Haushalt des Reichsamt des Innern folgenden Antrag eingebracht:

Die Zusammenstellung der Entschlüssen des Bundesrats der Budgetkommission zur Berichterstattung darüber zu überweisen, was bezüglich der als nicht erforderlich zu erachtenden Beschlässe des Reichstages geschieht soll.

Zu grundlegenden Veränderungen in dem den Reichstag so herabgesetzten Verhältnis wird sich das Zentrum nicht herbeilassen. Der Antrag verliert daher keine Beförderung. Erst wenn sich die Volkswirtschaft aufrückt und im Namen des Volkes die einmütige Durchführung ihrer Beschlüsse verweigert, erst dann wird sie sich in den Vordergrund der Macht setzen.

### Höherer Zoll für Kartoffeln und Gemüse.

Das preussische Dreiklassenhaus hat am Sonnabend die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung noch nicht beendet. Schuld daran sind die Agrarier, die unter Führung des Abg. Dr. Hahn die Gelegenheit benutzen, ihre auf die Ausbeutung des Volkes gerichteten Resolutionen zur Sprache zu bringen. Die Herren verlangen einen höheren Zoll auf Kartoffeln und Gemüse. Wegen dieser agrarischen Inerzität wandte sich in wirksamer Rede Genosse Paul Hoffmann, der gleichzeitig der Regierung heftige Vorwürfe machte, weil sie systematisch den Allgemeinen Deutschen Gärtnereiverband zugunsten kleinerer Verbände bei der Einsetzung von Gärtnereisachverständigen übergegangen hat. Die Erwiderung des Ministers fiel so aus, wie man es in diesem Hause gewohnt ist: Unter dem Vorwand der Neutralität meinte er, daß die Förderung dieser Gärtnereisachverständigen zweifellos sei. Die Sozialdemokraten hielten den Minister die Antwort nicht für schuldig. Genosse Braun hielt ihm vor Augen, wie nicht nur außerdeutsche Länder, sondern auch deutsche Bundesstaaten durch die Macht der Tatsachen sich genötigt gesehen haben, die Sozialdemokratie um ihre Unterstützung anzusuchen. Er wolle nicht etwa, daß auch in die preussische Regierung ein Sozialdemokrat eintritt, aber die Notwendigkeit werde die Regierung auch in Preußen einmal überwinden müssen. Dann sprach noch Abg. Dr. Hahn, dessen Ueberzeugungen Genosse Hahn auf ihr richtiges Maß zurückführte. Schließlich griff auch noch Gen. Dirck in die Debatte ein, um mit Herrn Dr. Hahn, der die Zeit zu einer Sozialreden für gekommen hielt, abzurechnen. — Am Montag wird die Etatsberatung durch die freierferbare Interpretation über die Dienstbotenverpflichtung unterbrochen werden.

## Die Marineausgaben der Großmächte.

Der Londoner Economist bringt eine offizielle Aufstellung über die Marineausgaben der Staaten der Welt im letzten Jahre. Danach stellen sich diese in Millionen Pfund Sterling:

Land	1906/07	1913/14	Zunahme
England	346	410	124
Frankreich	122	208	86
Rußland	124	242	117,6
Deutschland	120	230	110
Italien	53	101	48
Schweiz-Italien	34	60	36
Verenigte Staaten	23	23	0
Japan	63	98,5	35,5
Zusammen	1067,5	1708,5	639

Die Gesamtausgaben sind also um 64 Millionen oder um 60 Prozent gestiegen, in Deutschland um 91 Prozent, in Rußland um 94 Prozent und in England um 34 Prozent.

## Hunger und Verbrechen.

Die Folgen der Lebensmittellieferung und Arbeitslosigkeit, die schon im Jahre 1913 recht fühlbar werden, kommen auch in der Kriminalstatistik zum Ausdruck. Nach der Beurteilung ist folgende: Hunger tut mehr und ist häufiger als Angst vor Strafe. Zudem ist für viele Verurteilte der Eingang ins Gefängnis gar keine Strafe, sondern die erstbeste und oft bewußt vorbereitete Flucht aus der Sorge um Brot und Obdach in die gefürchtete Prüfung des Gefängnisses. Auch ein Zeichen der Zeit und Kultur! Nach der amtlichen Statistik stieg die Zahl aller Verbrechen und Verbrechen im Jahre 1912 auf 581 187 von 562 560 im Jahre vorher und 546 418 im Jahre 1910. Von allen Verurteilungen entfielen auf das Strafgebot: 1910 497 818, 1911 497 221 und 1912 522 172. Die Verurteilungen erfolgten wegen Vergehen und Verbrechen gegen:

Jahr	1910	1911	1912
Staat, öffentliche Ordnung, Religion	95 967	95 567	103 762
die Verbrechen	211 589	212 087	229 951
die Verbrechen	238 329	240 941	252 483
Kriminalpolitik	993	965	981

Meiner die Verengung zu den Gesetzesverletzungen gibt die vorstehende Gruppierung nur einen ungefähren Anhalt. Auch wäre es falsch anzunehmen, die Verurteilungen entsprächen der wirklichen Zahl der Verbrechen gegen gesetzliche Bestimmungen. Von den Vergehen gegen Arbeitergesetzgebung kommt bekanntlich nur ein verhältnismäßig kleiner Teil zur Kenntnis der Beamten, und von den bekannt gewordenen Verbrechen findet wiederum nur ein kleiner Teil Sühne durch Verurteilung der Gesetzesübertreter.

## Gesetz zur Hebung des Kinderreichums.

In Frankreich, wo ja auch der allgemeine Gesundheitszustand die für den Bevölkerungszuwachs erforderlichen Dimensionen angenommen hat, ist man jetzt dabei, dieser Gefahr ernsthaft zu Leibe zu gehen. Eine Reihe kleinerer Gelegenheitsgesetzgebung hat ihre Krönung gefunden durch das am 14. Juli 1913 erlassene Gesetz für kinderreiche Familien. Danach wird künftig jeder Familienvater, der mehr als drei legitime oder anerkannte Kinder unter 13 Jahren besitzt und nicht inländische, ein genügende Mittel für ihren Unterhalt aufzubringen, eine Unterstützung bekommen. Dabei werden Zahlungen von 13 bis 16 Jahren den Kindern unter 13 Jahren gleichgestellt werden.

Während die insofern Ableben oder Verwundungen des Vaters ihre Kinder allein zu erhalten haben, bekommen die gleiche Unterstützung, die aber in diesem Falle schon vom zweiten Kinde ab eintritt. Derselbe Betrag gilt auch für Witwen, die die Ehefrau verloren haben. Die Unterstützung darf nicht unter 60 und nicht über 90 Frank pro Kind und Jahr betragen, und zwar wird die Höhe der Unterstützung vom Gemeinderat bestimmt, unter Vorbehalt der Anerkennung durch den Kreisrat und das Ministerium des Innern. Ebenso bestimmt der Gemeinderat den Begriff der „nicht genügenden Mittel“.

Legt man eine Unterstützung aus dem Jahre 1911 zugrunde, so würden etwa 371 500 Kinder unter 13 Jahren, die beide Eltern haben, 219 000, die nur noch die Mutter, und 221 200, die nur noch den Vater besitzen, und außerdem 50 000 Lehrlinge zu unterstützen sein. Die Gesamtsumme für die Unterstützung würde nach der gleichen Berechnung 42 1/2 Millionen Frank betragen, von denen 25 Millionen auf den Anteil des Staates entfallen. Aber dieser Gesamtbetrag wird sich voraussichtlich auf 50 Millionen Frank erhöhen, da es notwendig sein wird, das neue Gesetz mit dem Gesetz früher erlassenen sozialen Gesetzen, insbesondere mit dem Gesetz über billige Volkswohnungen in Einklang zu bringen. Dieses Gesetz zufolge gibt der Staat den Gemeinden Subventionen zur Erhaltung von Häusern für kinderreiche Familien. Diese Subventionen betragen bis zu zwei Prozent des Mieteinkommens der Häuser, falls die Kontrakte mit kinderreichen Familien die Hälfte des gesamten Mietwertes der betreffenden Häuser ausmachen.

Die durch das neue Gesetz erforderlichen 50 Millionen Frank werden zwischen Staat, Departement und Gemeinde geteilt werden. Die Gemeinden werden ihren Anteil teils aus speziell für diesen Zweck gewidmeten Einnahmen und Zinsen, sowie aus Wohltätigkeitsinstitutionen, teils mit Hilfe ihrer gewöhnlichen Steuern, teils aus neuen Steuern und Zaren, deren Erhebung des Gesetzes gestattet, betreiben.

Die Unterstützung selbst wird monatlich oder in kleineren Zwischenräumen zur Auszahlung gelangen. Sie ist unanfechtbar und unversäumlend. Je nach der Vermögenslage der Gemeinde, was nach die erwerbslose oder Familienoberhaupt, die Mutter oder ein anderes Familienmitglied auszusuchen, aber der öffentlichen oder privaten Erziehungsinstitutionen, in der das Kind untergebracht ist. Ferner kann der Gemeinderat bestimmen, daß die Unterstützung für die Miete verwendet oder in natura ausbezahlt wird, um eine mögliche mißbräuchliche Anwendung (z. B. Verbringen) zu verhindern.

Es ist zu erwarten, daß dieses Gesetz nicht ohne Einfluß auf die Volkswirtschaft bleiben wird. Mehrere bedeutet es keine billige Freiheit. Schon früher haben eine Anzahl von Departements an Familien mit mehr als drei Kindern eine Unterstützung von 10 Frank pro Monat und Kind, und in Paris erhalten Familien mit mehr als vier Kindern unter 15 Jahren einen vierteljährlichen Zuschuß von 1200 bis 2400 Frank, wobei für diesen Zweck im ganzen 200 000 Frank jährlich aufgewendet wurden.

## Deutsches Reich.

— Kronprinzen-Verleumdungsprozess? Aus Berlin kommt die Meldung, daß gegen den Schriftsteller Hans Pusch ein Strafverfahren wegen sogenannter „Kronprinzen-Verleumdung“ eingeleitet wurde. Pusch hat in der Welt am Montag einen Artikel unter der Überschrift: Wilhelm II. in der Letzte veröffentlicht, in dem er darlegte, daß sich der Kronprinz durch seine Telegraphenerei und seine sonstigen Streiche so unbeliebt machte, daß eventuell Wilhelm II. auch Wilhelm der Letzte sein würde.

— Aus Bonn kommt der Staatsanwalt: — und macht den Kronprinzen durch Kronprinzen-Verleumdungsprozess noch beliebiger . . .

— Unerbittlich als Steuerhinterziehungen? Die Wehrreiter schießt viel mehr, als man angenommen hat. Die Kölnische Zeitung wenigstens meidet, daß die Steuerbehörden übermäßig seien, weil die Einkünfte allgemein erheblich höher ausfallen, als vorher angenommen. Diese Erklärung dürfte vor allem auf den Generalzinsausgleich zurückzuführen sein, der zahlreiche Vermögen nachgewinnender bisher unberührt hat. Es dürfte deshalb vielleicht möglich sein, daß die dritte Luote zum einmaligen Wehrbeitrag nicht voll erhoben werde. Die Gemeinden würden durch diese Einkünfte erheblich höhere Einnahmen erzielen, ebenso der Staat für seine Steuern.

Demnach müssen die bisherigen Steuerhinterziehungen unheimlich hoch gewesen sein.

— Wer spielt mit? Die Abschiebung der Kosten der Vorbereitung und Durchführung der olympischen Spiele in der Budgetkommission des Reichstages macht den Interessierten harte Spöckchen. Unter den Käufern wird daher mit Nachdruck gearbeitet, damit die Kostenbewehrung im Reichstag nicht durchdringt werden kann. Der Erfolg läßt sich aber noch in weitem Maße zu hoffen. Die Welt meidet, daß die Verhandlungen, die zwischen den Vertretern der Regierung und den Fraktionen des Reichstages geführt worden sind, bisher kein positives Ergebnis gehabt hätten. Für die Bewehrung des Reichstages werden nur die Kontingenten der Reichstagen und die Reichstagsverwaltung. Die Nationalparlament habe es abgelehnt, für den Beitrag zu stimmen, habe noch bereit erklärt, für den Etat für 1913 einen Repräsentationsfonds für das Reich zu bewilligen.

Wenn das Zentrum sich also bereits zur indirekten Bewehrung durch die Wehrreiter erklärt hat, wird es auch nach einem Schritt weiter gehen und sich für die Wehrreiter erklären.

— Streikrisiko. Durch die Wehrreiter setzte der Unternehmer Richter an Ruhr vor. Die Streikrisiko der Arbeiter dabei übernommen hätte. Die Streikrisiko der Arbeiter von 38 auf 34, 4, 4, 4, 4. Ein Teil der Arbeiter war damit zufrieden und verhielt, die anderen Arbeiter zur Wiederholung der Arbeit zu bewegen. Einige beleidigten und drohten die arbeitswilligen Arbeiter, und die Arbeiter Binnend mitteilte, die Streikrisiko der Arbeiter zu übernehmen. Das wurde er sich 10 Monaten Gehalts zurückgezogen. Ein Monat wurde ihm von der Unternehmenseinheit angedreht. Die Aufhebung des Streikrisiko wurde abgelehnt. Drei Arbeiter erhielten je zehn Tage und zwei Arbeiter je eine Woche Gehalts. Und dabei traten die Zaarfmacher nach freieren Straßen.

Der Befehl, in den Wallgraben zu springen, seine Waffensache eines Unteroffiziers. Am 5. Dezember fand im Stabsquartier eine Sitzung der Kommandanten statt. Auf ein Befehl über den Wallgraben ließ, trante ihn der aufständische Befehl, wohin er sich. Und als der Befehl auf die Wehrreiter des Wallgraben hinwies, beschloß der Befehl, den Befehl, der nur einige Schritte vom Wallgraben entfernt stand, dorthin zu gehen, wohin er geschickt habe. Der Befehl wurde auch in der Sitzung der Kommandanten. Der Befehl in den Wallgraben und verurteilte, hinstieg zu schwimmen. Doch schon nach kurzer Zeit verurteilte die Wehrreiter, der Mann wurde ertrunken, wenn ihn nicht einige Einjährige aus dem Wasser gezogen hätten.

Der Befehl wurde wegen Mißhandlung angefaßt, doch das es es nicht zu tun und nach dem Befehl, daß man die Disziplin gegen den Angefallenen bezeugen werde. Also wegen dieses unerhörten Mißbrauchs der Dienstverpflichtung, der bald den Tod eines Soldaten herbeiführt hätte, wird der Befehl vom Kriegsgericht freigesprochen. Das einem Befehl mitten im Winter der Befehl gegeben wird, in den Wallgraben zu springen, ist eine unerhörte Mißhandlung; freilich das Kriegsgericht beantwortet sie mit — Freisprechung.

## Rußland.

Die Schwaupel. Der Reichsrat begann am Sonnabend mit der Beratung des Gesetzesentwurfs gegen die Rothschild. Graf Witte legte in langer Rede dar, seine Aufgabe im Amt als Finanzminister hätte sein Werk, das Volk in ein Monopol, das die Unterdrückung erzielen sollte, enthielt. Das Volk bezahlte für den Monopolischnaps über eine Milliarde, während für Volksausführung nur 100 Millionen verausgabt würden. In zehn Jahren seien die Monopolischnaps um eine halbe Milliarde gestiegen. Es sei nicht zu verwundern, daß dadurch ein großer Arbeitsbedarf abgedeckt worden sei. Doch das Mittel, durch welches dieser vermehrt werden sei, sei anormal. Es wäre besser, die Monopolischnaps zu freieren, und die Heberhöhen zur Bekämpfung des Volksleidens zu verwenden. Mittel zur Landesverteidigung müssen bereit gehalten werden. Sie dürfen aber nicht durch die Erhebung der Monopolischnaps erhalten werden. Ferner müssen durch neue Anleihen und Steuern beschafft werden. Der Ministerpräsident erwiderte, die Ziele des Grafen Witte seien nicht verwirklicht und würden wie früher gescheitert. Der Schwaupel pro pro sei in den letzten zehn Jahren nicht gestiegen. Die Einkünfte des Monopols seien nicht nur durch Erhebung des Monopolischnaps, sondern auch durch Freierhebung des Branntweins erreicht worden.

Der Militärversicherungsfonds. Die Unterdrückung gegen die Militärversicherungsgesellschaft in Kiew hat überwindende Ergebnisse gehabt. Es ist festgestellt worden, daß die Gesellschaft im ganzen Reich operierte und viele Tausende der Militärversicherung entzog. In zahlreichen Städten des ganzen Reiches werden täglich Personen verhaftet, die von der Gesellschaft von Militärversicherung befreit worden sind.

## Rumänien.

Vor Neuwahlen. Der Ministerpräsident verlas im Senat einen Erlass, durch den das Parlament aufgelöst wird und die Neuwahlen für den 28. Februar anberaumt werden. Das neuwahle Parlament tritt am 6. März zusammen.

## Amerika.

Die revolutionäre Bewegung in der Regierung Haiti breitet sich weiter aus. Die ganze Provinz Gonaves soll zu den Revolutionären übergegangen sein, die infolge des monarchischen Verfalls erloschen haben. Der Führer der Revolutionäre ist der ehemalige Gouverneur und Kriegsminister Oreste B. M. — Die Vereinigten Staaten wollen den Aufstand möglichst rasch unterdrücken. Der Panzerkreuzer Romulus habe den Befehl erhalten, nach Haiti abzugehen. Wenn der Aufstand andauere, werde Haiti gepunnt werden. Die Regierung der Vereinigten Staaten soll voranschreiten weigern, die Aufständischen anzuerkennen, selbst wenn sie die gegenwärtige Regierung einzeln wollten. In diesem Falle werde eine amerikanische Kommission entsandt werden, um die Angelegenheiten in Haiti zu regeln und Vorbereitungen für angelegliche Wahlen zu treffen.

Mexikanische Schenklichkeiten. In der Stadt Mexiko eingetroffene Flüchtlinge berichten, daß die Hebeln neuerlich etwa hundert Frauen und Kinder und 150 Bundespolizei in





## Deutscher Reichstag.

199. Sitzung, Sonnabend, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr. Am Bundespräsidenten: Niemand.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der verschiedenen Anträge über die Beschlüsse der bewaffneten Macht. Die Abg. Glöck (Sp.) und Gen. beantragen Annahme eines Gesetzes, das diese Materie regelt.

Der § 2: Innerhalb bleibt das Recht der bewaffneten Macht, wie Ausübung ihrer dienlichen Tätigkeit gegen Angriffe und Störungen zu schützen.

In § 3 ist weiter bestimmt, daß auch in diesen Fällen, abgesehen vom Falle der Notwehr, der Gebrauch der Waffe nur unter bestimmten Umständen gestattet ist.

Der Antrag Kaffemann (natl.) und Gen. lautet: Der Reichstag hat Kenntnis, daß eine Reduzierung der Reichsverschuldung über den Hoffenswerten Bericht einen Lebensbild über die allgemeine Lage der Weltwirtschaft, der in diese bemerkenswerten Sätze ausfließt:

Man hat im Jahre 1913 mit einer rüchigen Konjunktur zu rechnen gehabt, die vielleicht nur als eine Unterbrechung der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre aufzufassen ist. Zu übersehen ist allerdings nicht, daß in den letzten Jahren nicht nur in Deutschland, sondern fast in allen Weltteilen, in denen sich die wirtschaftliche Lage gehoben hat, es zu raschem Streben nach Wohlleben und insbesondere in der deutschen Städte- und Staatsverwaltung ein unerwartlich mächtig habendes Aufschwung hat. Der wirtschaftliche Aufschwung hat überall durch Aufstellung neuer Gebäude und rasche Entwicklung der alten Welt ein so schnelles Tempo angenommen, daß die Städte, die letzten Erbes doch nur dadurch gedeiht werden können, daß Kapitalisten die betreffenden Werte kaufen, so am meisten, daß der Verdunungsprozeß dieser neuerschaffenen Werte nicht gleichen Schritt mit ihrer Produktion halten konnte. Es fehlt trotz aller Statistiken ein Maßstab dafür, wie weit und wie schnell diese Entwicklung vernünftigerweise vor sich gehen kann, und es fehlt vor allem die Möglichkeit, die Staaten, Städte und Privatunternehmungen zu zwingen, sich nur in einem gelunden Tempo zu entwickeln.

Die Handelskammer gibt also an, daß der bürgerlichen Gesellschaft die modernen Produktivkräfte über den Kopf wachsen und daß ihr die Mittel fehlen, die Produktion und ihre Verwendung vernünftig zu regeln. Wie hilflos der Kapitalismus, die Anarchie der heutigen Wirtschaftsordnung, den Konsequenzen seiner eigenen Entwicklung gegenübersteht, das brachte sich aber nicht nur in den Nachrichten aus, die die Hamburger Handelskammer an ihre Bestellungen knüpfte, sie sagt: „Der Aufzug zur Jurisdiktion und Einschränkung kann nicht erst ganz erlösen.“ Vom eigenen Haushalt bis zum Staatshaushalt würde man den Geldschub; mehr in den Vordergrund zu rücken haben, nur so weit zu gehen, als die Geldmittel reichen.

Der berühmte Auf nach „Altpreußischer“ Sparfameit erscheint den konservativen Großkapitalisten als die einzige Weg aus dem Dilemma. Und wie die „Sparfameit“ preußischen Junker, wollen sie bei den Arbeitern mit dem Sparen anfangen. Die Hamburger Handelskammer wendet sich schroff gegen den Gedanken einer Arbeitslosenversicherung wie gegen jede Fortführung der Sozialpolitik, die sie mit den Argumenten der konservativen Schachmacher bekämpft. Dagegen verlangt sie verstärkten Arbeitsnachweis „als Gegenmaßnahme gegen die sozialpolitischen Kosten“, sie verlangt die Vetterung der Vermögen durch das Reich und wünscht einen Ausgleich in dem das Reich sich als Gesetz in Gestalt einer Städtevertretung, in der Handel und Industrie den Einfluß gewinnen sollen, der ihnen durch die sozialdemokratische Vertretung der großen Städte angeht entgegen ist.

Käufte man alle diese reaktionären Reklamsprüche einer kapitalistischen Interessensvertretung zusammen, so geht daraus wohl nur Weniges hervor, daß die Konjunktur von heute nicht mehr wie einst, als sie noch in ihrer kindlichen Reife stand, mit revolutionärem Ungewissnis die Welt zu erobern trachtet, sondern furchtlos geworden ist vor der Entwicklung, die immer schneller vorwärts treibt und sich immer mehr jenen Grenzen nähert, über die der Kapitalismus nicht hinaus kann, wenn er sich nicht selbst aufheben will. Die Herrschenden bekommen Angst vor der eigenen Courage.

## Volkswirtschaftliches.

Zunahme der Industrie in Baden.

Die letzten erfolgte Veröffentlichung über die am 1. September d. J. vorgenommene Zählung der Gewerbebetriebe, die der Gewerbeaufsicht unterliegen, beweist, daß die Industriellenszene Baden-Elz besonders blüht. Von 1909 bis 1913 sind Betriebe mit 291 951 Beschäftigten. Die Zahl der letzteren ist seit 1912 um 8140 gestiegen, die Betriebe haben sich um 329 vermehrt. Die größte Arbeiterzahl entfällt auf die in Baden stark betriebene Tabakindustrie; sie beschäftigt 42 068, in der Hauptstadt wiesliche Betriebe. Dieser folgt das Metall-

sucht den Reichsanwalt, das Ergebnis dieser Nachprüfung behält sich dem Reichstag vorzubehalten.

Der Antrag Dr. Wösch (Sp.) ersucht den Reichsanwalt, bei den Reichsanwaltschaften dahin zu wirken, daß die Voraussetzungen für das Einreichen des Militär in politischen Angelegenheiten übereinstimmend in einer die Selbständigkeit der Zivilverwaltung sichernden Weise geregelt werden.

Abg. Dr. Müller-Weinigen (Sp.) beantragt, die Anträge des Zentrum und der Nationalliberalen sofort anzuheben und die übrigen an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen. Bei der Behandlung, die die Resolutionen des Reichstages vom Bundesrat erlassen, darf man sich mit Resolutionen nicht begnügen. Seine Partei, die etwas auf sich hält, kann diese vorerlegte Stelle vom Bundesrat ruhig entgegen. Rechter Weise links und im Zentrum. Auch die Anträge soll der Friede zwischen Stommandogewalt und Volk, zwischen Militär und Zivil wieder hergestellt werden, sie seien den einzigen Weg, wie solche Grasse, wie diese Reuter, aus der Welt zu schaffen sind. (Wrasn) bei (Sp.)

Abg. Hehenrich (Sp.) schließt sich dem Antrag des Vorderebers an. Zu unserem Antrag hat der Reichsanwalt im allgemeinen eine zustimmende Erklärung abgegeben. Aber der Abg. Müller hat recht angeführt, daß die Erfahrungen, die wir mit Resolutionen gemacht haben, müssen wir den Willen des Reichstages in harter Weise zum Ausdruck bringen, um dadurch eine Einwirkung auf den Willen der Regierung auszuüben. Der Sinn unseres Antrages ist, daß die politisch-rechtliche Regelung auch in Preußen zu erfolgen wie sie in Bayern, Württemberg und Baden erfolgt ist. Auch wir wollen, daß nur die Requisition der Zivilbehörden das Militär zu politischen Zwecken heranziehen wird.

Abg. Gasse (Sp.): Bereits bei der Beratung der Militärverträge haben wir wiederholt betont, daß die Zulagen seitens der Militärverwaltung nicht würden gehalten werden, wenn nicht an Stelle von Resolutionen die Anträge in die Militärverträge hineingearbeitet werden. Ich würde in diesen Militärverträgen, deren Inhalt ich schon Worte bedeutet gar nicht, wenn doch nicht eine Tat sacht, daß die Regierung, die bisher den Reichstag mißhandelt hat, ihm auch gegenwärtig die stärkste Mißachtung entgegenbringt, beweisen

die leeren Hände des Bundesrats. (Beifolles sehr richtig), und dieser Aufgabe allein mühte der Reichstag den Schluß ziehen, man sei ganz gewiß bereit, die Angelegenheiten zu seinen. Wir werden aber, man sei ganz gewiß bereit, die Angelegenheiten zu seinen. Wir werden aber, man sei ganz gewiß bereit, die Angelegenheiten zu seinen.

Die leeren Hände des Bundesrats. (Beifolles sehr richtig), und dieser Aufgabe allein mühte der Reichstag den Schluß ziehen, man sei ganz gewiß bereit, die Angelegenheiten zu seinen. Wir werden aber, man sei ganz gewiß bereit, die Angelegenheiten zu seinen. Wir werden aber, man sei ganz gewiß bereit, die Angelegenheiten zu seinen.

Abg. Gasse (Sp.): Nach elästischem Recht darf das Militär auch von Angelegenheiten der Bürgermeistereien einwirken, und mit Veranlassung haben wir schon früher bemerkt, daß dieser Rechtszustand verfallen worden ist. Es darf im Einklang mit dem Bundesrat nur Reichsrecht geben, nicht nach ein besonderes preußisches, bayerisches, württembergisches Recht für das Militär, auch das Militär das Reichs- und Landesrecht respektieren. Dem Antrag auf Kommissionsberatung schließen wir uns an.

Abg. Kaffemann (natl.): Unter Antrag prüft für sich selbst, auch der Herr Reichsanwalt, ging ja davon aus, daß einzelne der Militäre in allgemeinen nur auf Veranlassung der Zivilbehörden zulässig sind, daß es aber auch Ausnahmefälle vorkommen gibt. Die Anträge des Zentrum und der Nationalliberalen werden wegen der Stimmen der Rechten angenommen, die überzogen werden die Kommissionen von 21 Mitgliedern, die überzogen werden die Kommissionen von 21 Mitgliedern, die überzogen werden die Kommissionen von 21 Mitgliedern.

## Die Grenzen des Kapitalismus.

Die Handelskammer zu Hamburg gibt in ihrem zum Jahresbericht erstatteten Bericht einen Lebensbild über die allgemeine Lage der Weltwirtschaft, der in diese bemerkenswerten Sätze ausfließt:

Man hat im Jahre 1913 mit einer rüchigen Konjunktur zu rechnen gehabt, die vielleicht nur als eine Unterbrechung der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre aufzufassen ist. Zu übersehen ist allerdings nicht, daß in den letzten Jahren nicht nur in Deutschland, sondern fast in allen Weltteilen, in denen sich die wirtschaftliche Lage gehoben hat, es zu raschem Streben nach Wohlleben und insbesondere in der deutschen Städte- und Staatsverwaltung ein unerwartlich mächtig habendes Aufschwung hat. Der wirtschaftliche Aufschwung hat überall durch Aufstellung neuer Gebäude und rasche Entwicklung der alten Welt ein so schnelles Tempo angenommen, daß die Städte, die letzten Erbes doch nur dadurch gedeiht werden können, daß Kapitalisten die betreffenden Werte kaufen, so am meisten, daß der Verdunungsprozeß dieser neuerschaffenen Werte nicht gleichen Schritt mit ihrer Produktion halten konnte. Es fehlt trotz aller Statistiken ein Maßstab dafür, wie weit und wie schnell diese Entwicklung vernünftigerweise vor sich gehen kann, und es fehlt vor allem die Möglichkeit, die Staaten, Städte und Privatunternehmungen zu zwingen, sich nur in einem gelunden Tempo zu entwickeln.

Die Handelskammer gibt also an, daß der bürgerlichen Gesellschaft die modernen Produktivkräfte über den Kopf wachsen und daß ihr die Mittel fehlen, die Produktion und ihre Verwendung vernünftig zu regeln. Wie hilflos der Kapitalismus, die Anarchie der heutigen Wirtschaftsordnung, den Konsequenzen seiner eigenen Entwicklung gegenübersteht, das brachte sich aber nicht nur in den Nachrichten aus, die die Hamburger Handelskammer an ihre Bestellungen knüpfte, sie sagt: „Der Aufzug zur Jurisdiktion und Einschränkung kann nicht erst ganz erlösen.“ Vom eigenen Haushalt bis zum Staatshaushalt würde man den Geldschub; mehr in den Vordergrund zu rücken haben, nur so weit zu gehen, als die Geldmittel reichen.

Der berühmte Auf nach „Altpreußischer“ Sparfameit erscheint den konservativen Großkapitalisten als die einzige Weg aus dem Dilemma. Und wie die „Sparfameit“ preußischen Junker, wollen sie bei den Arbeitern mit dem Sparen anfangen. Die Hamburger Handelskammer wendet sich schroff gegen den Gedanken einer Arbeitslosenversicherung wie gegen jede Fortführung der Sozialpolitik, die sie mit den Argumenten der konservativen Schachmacher bekämpft. Dagegen verlangt sie verstärkten Arbeitsnachweis „als Gegenmaßnahme gegen die sozialpolitischen Kosten“, sie verlangt die Vetterung der Vermögen durch das Reich und wünscht einen Ausgleich in dem das Reich sich als Gesetz in Gestalt einer Städtevertretung, in der Handel und Industrie den Einfluß gewinnen sollen, der ihnen durch die sozialdemokratische Vertretung der großen Städte angeht entgegen ist.

Käufte man alle diese reaktionären Reklamsprüche einer kapitalistischen Interessensvertretung zusammen, so geht daraus wohl nur Weniges hervor, daß die Konjunktur von heute nicht mehr wie einst, als sie noch in ihrer kindlichen Reife stand, mit revolutionärem Ungewissnis die Welt zu erobern trachtet, sondern furchtlos geworden ist vor der Entwicklung, die immer schneller vorwärts treibt und sich immer mehr jenen Grenzen nähert, über die der Kapitalismus nicht hinaus kann, wenn er sich nicht selbst aufheben will. Die Herrschenden bekommen Angst vor der eigenen Courage.

gerne mit 38 803, in welchem alle die Porzellaner Gold- und Silberwarenindustrie 33 225 Personen stellt. In der Textilindustrie sind 36 068, im Baugewerbe 21 516 Arbeiter und Arbeiterinnen tätig. Charakteristisch ist die starke industrielle Tätigkeit der Frauen; es wurden in den Betrieben mit mindestens 10 Arbeitern 86 027 Arbeiterinnen beschäftigt. 26 074 von ihnen sind verheiratet; es wird also die weibliche Jugend zur Industriebearbeitung stark herangezogen.

## Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 26. Januar 1914.

### Riesenhafter Steuerbetrug in Halle!

Am heutigen Montag wird die Hallische Stadtverordnetenversammlung mit der Beratung des Haushaltsvoranschlags beginnen. Die Stadtverwaltung glaubt, daß sie die Rechnung balanzieren kann mit Hilfe der Erhöhung des Kommunalsteuerzuschlages um zehn Prozent. Ihr auf diesem Wege unbedingte zu folgen, dürften die Stadtverordneten angesichts der schlechten Wirtschaftslage keine besonders große Lust verspüren.

Dem Gegnern der Steuererhöhung kommt, worauf wir schon früher hingewiesen haben, ein gewichtiges Moment sehr zu fluten. Auf Grund des Generalparabons für oblich werdende Steuerdrückberger ist mit einem viel größeren Betrag des steuerpflichtigen Einkommens und Vermögens zu rechnen, und daraus wird natürlich auch die Stadt profitieren.

Die liberale Saale-Zeitung glaubt sogar ungefähre Angaben in dieser Richtung machen zu können. Sie wirft in einem Artikel erneut die Frage auf: Ist die Steuererhöhung nötig? Und sagt zur Beantwortung:

„Von einer Stelle, die wir für gut unterrichtet halten müssen, wird uns berichtet, was man vielfach schon vorausgesehen hatte: Der Generalparabon hat auch in Halle eine solche Fülle von — Brauden wir ausnahmsweise mal ein Fremdwort — latenten Vermögen an das Tageslicht gebracht, daß dadurch unsere städtische Einnahme bedeutend erhöht werden konnte.“

„Es sind Millionen mehr deklariert worden, viele Leute in Halle sind viel reicher als bisher die Steuerbehörde gemußt hat. Zum anderen gehört geben die bisher an amtlicher Stelle nicht bekannt gewordenen Beträge eine riesige Summe, die natürlich den Einkommenssteuerertrag gemäßigt steigert. Die Stadt dürfte sich — so wird uns versichert — nach Schätzungen, die einigermaßen Anspruch auf Richtigkeit haben, aus jenen Summen ein Steuer mehr über 300 000 M. herausrechnen. Und nach kein längt nicht alle Steuererklärungen eingegangen, daß die Frist ja noch läuft.“

Es wird Sache der Stadtverordneten sein, diese Feststellungen bei der Etatberatung gebührend zu würdigen. Uns bleibt nur die Pflicht, an diesem Beispiel wieder einmal zu demonstrieren, wie groß auch in Halle die Zahl derjenigen Kapitalisten ist, die gegenüber Reich, Staat und Gemeinde bestrafen die Steuerbetrug geübt haben. „Es sind Millionen mehr deklariert worden, viele Leute in Halle sind viel reicher als bisher die Steuerbehörde gemußt hat.“

Neue Patrioten, neue Staatsstößen, diese erlangten Steuerbeträger!

### Die Hallischen Transportarbeiter im Jahre 1913.

Mit der Herausgabe des gebrauchten Berichtes über ihre Tätigkeit im Jahre 1913 hat von den Hallischen Gewerkschaftsleitungen auch diesmal wieder der Transportarbeiterverband den Reichstag geschickt. Schon am 20. d. M. wurde der Bericht in Form eines 34 Seiten starken Buchleins überreicht. Eigentlich sollte man sich darüber ja nicht wundern, weil es selbstverständlich sein sollte, daß die Gewerkschaft der Arbeiter, Automobilkouriere, Straßen- und Eisenbahner stets an der Spitze sein muß.

Aus dem Bericht seien die wichtigsten, Allgemeininteresse beanspruchenden, Partien hier wiedergegeben. Die Leser werden schon heraus sehen, daß die Arbeit der Leitung des Transportarbeiterverbandes eine umfassende war.

Belohnung der größeren Werke in dem Sinne fast, daß die Kolonnen Arbeiter im Durchschnitt nur rund 50 Mitglieder zu fassen haben. Diese Durchführung machte sich deshalb notwendig, weil durch die Übernahme der Volksfürsorgevereine und Arbeitervereine durch andere sich anküpfende Mitglieder die Kolonnen nicht imstande waren, alles zu erledigen, wie es unbedingt erforderlich war. Durch die schaffene Vereinigung ist diesem Lebel einigermaßen abgeholfen, jedoch muß immer noch behauptet werden, daß die Selbsttätigkeit der Kolonnen Arbeiter viel Unruhe, sowie Unruhe und Edele zur Sache erfordern. Zur Sache sind rund 50 Arbeiter in 16 Kolonnen vorhanden, die regelmäßig jede zweite Woche ihre gemachten Einnahmen im Bureau zur Abrechnung bringen müssen. Im übermäßigen Andrang dabei zu vermeiden, wird hierbei zu versehen haben, jede Woche an je zwei Tagen 25 Arbeiter zu erscheinen. Zum Verwaltungsvorber hinzugefügt mühten die Kolonnen Arbeiter sich zu 16 Kolonnen zu bilden, deren wir im Durchschnitt 60 hatten. Etwa diese auch nicht direkt mit der Verwaltungsgeschäften in Verbindung, so haben sie immerhin indirekt damit zu tun. Leider muß hierbei erwähnt werden, daß die Kolonnen zum Teil ihr Amt etwas von der letzten Seite ausfallen und nicht immer mit der nötigen Energie für die Verwaltung interessiert sind. Dessenungeachtet ändert sich dies für die Zukunft. Rechnen wir nun an 11 genannten Funktionen zusammen, so ergibt sich, daß solche in der Zahl von rund 130 Tätig waren.

Die agitatorische Tätigkeit: Versammlungen fanden statt insgesamt 116. Davon waren Generalversammlungen 4, allgemeine Mitgliederversammlungen 8, Bezirksversammlungen 10, Ortsversammlungen 10, Versammlungen für die Jugend 8, Handwerksarbeiter 4, Gefährlicher 2, Spektationsarbeiter 2, Hafenarbeiter 2, Raß- und Altschwarzarbeiter 1, Kolonnenarbeiter und -arbeiterinnen 2, Leitungs- und Aufsichtsausschreiterinnen 2, Bauarbeiter 2, Straßenbahner 1, Arbeiter und Arbeiterinnen 10, Versammlungen 2, Holz- und Eisenbahnarbeiter 4, sonstige Versammlungen 2, Arbeiter 26. Der Verlauf derselben lief meistens zu wünschen übrig. Unter den erwähnten Versammlungen mochten sich auch 174 Betriebsversammlungen aus den verschiedensten Gründen heraus notwendig, die ferneren nach 118 Sitzungen und Zusammenkünfte, die ebenfalls im Interesse der Organisation und der allgemeinen Arbeiterbewegung lagen. Ausagitationen zwecks Gewinnuna neuer Mitglieder wurden an vier Sonntagen vorgenommen und brachten diese leider nur einen kleinen Erfolg. Verhandlungen mit Arbeitgebern mußten auf Grund von Lohnbewegungen, Mahnungen und anderen Umständen in der Hauptsache im Jahre 1913 und folgte in den Monaten. Einablen schriftlicher Art an Arbeitgeber wurden 182 Stück abgemacht, Einablen an Behörden 8. Schriftliche für Mitglieder sind in der mannigfachen Art hergestellt, und zwar in der Zahl von 28. An Verammlungsanmeldungen, Anträgen, Mittelungsblättern und sonstigen Agitationszettel wurden im Jahr insgesamt nahe an 50 000 Stück zur Verteilung gelangt.

Mitgliederbewegung: Wir hatten am 1. Januar des Berichtsjahres 2014 Mitglieder. Neu aufgenommen wurden im Laufe des Jahres insgesamt 540, ausgetreten aus anderen Verammlungsstellen sind 89, aus anderen Verbänden traten zu uns über 78. Der Zuwachs betrug also 1913 702. Neben mir den Abgang von dem Zuwachs ab, so ergibt sich am 31. Dezember 1913 ein Mitgliederbestand von 2069.

Das Hauptkontingent der Mitglieder stellen die Hausdiener, Metzger, Räder usw. mit 386, die Geschäftsführer und Geschäftsführer mit 486 und die Spektations-, Speidreihener, Holz- und Transportarbeiter mit 406.

Die wirtschaftliche Konjunktur tritt im Laufe des Jahres auch auf das Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe über und brachte es mit sich, daß unsere Verammlungen in fast allen Branchen in Mitleidenschaft gezogen wurden, teils es, daß das Wohlsein der Arbeiterschaft drohte, teils es, daß die Arbeiterschaft im allgemeinen in der Vergangenheit mehr als im gegenwärtigen Jahre zu reduzieren. Leider konnte unter solchen Umständen von großen komplizierten Versuchen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, nicht die Rede sein. Und aus diesem Grunde heraus ist auch die Zahl der direkten Lohnbewegungen gegenüber den Vorjahre zurückgegangen. Nichtsdestoweniger wurde aber doch in der Hauptsache im Jahre 1913 und angebracht war, versucht worden, das Wohlstandsglück für die Kollegen und Kollegeninnen herbeizuführen. Zwar gelang es nicht überall, mit den gestellten Wünschen und Forderungen durchzubringen; dies lag aber weniger an den in Frage kommenden Arbeitgebern, sondern vielmehr an der Ineignetheit der Arbeiterschaft, die daran beteiligt war.

Die Arbeitseigenheit: Es meldeten sich 1913 insgesamt: 112 Mitglieder, Räder, Hausdiener, 170 Geschäftsführer, Metzger, 242 Spektations-, Speidreihener und Transportarbeiter, 38 Kolonnenarbeiter, 37 Hafenarbeiter, 22 Arbeiter und Arbeiterinnen, 45 Hilfsarbeiter aller Art, zusammen 666. Diese Mitglieder waren 695 Tage arbeitslos, Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt in



12... in der Nacht zum Sonntag hat der in P... in ersten...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die ganze Familie getötet.**  
In der Nacht zum Sonntag hat der in P... in ersten...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Neuwerker Kampf zwischen einem Verbrecher und Polizeikommissar.**  
Der ruffische Verbrecher Formel, der in Sankt Petersburg am Sonntag...  
durch den Kampf mit dem Polizeikommissar...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**  
Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

### Merker.

**Das Kino als Zentraler in der Fabrik.**

Dass die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik...  
erhalten, der in sechs Jahren nicht verpubliziert hat, als mehrere...  
Arbeitertätigkeiten zusammen ihr ganzes Leben lang nicht aus...  
gehen können.

**Es sind ja nur Arbeiter!**

Ein geradezu klassischer Beweis dafür, dass auch in der...  
Demokratie der Kapitalismus Zeit und Leben der Arbeiter...  
zu lange fesselt, als damit Profit erzielt werden kann, hat...  
soeben das höchste schwedische Gericht, das Bundesgericht in...  
Stockholm, geliefert. Man hat gegen einen Arbeiter, der...  
unabhängig Arbeiter, wenn er Kapitalistensprüche stellt, auch...  
bei Willkür der Operation unterzogen zu müssen, wenn...  
solche nicht eine direkte Lebensgefahr in sich schließen!

**Schlimme Folgen des starken Profites.**

Paris, 25. Januar. Die enorme Höhe der letzten Tage...  
basiert auf. Die Seine ist in ihrem unteren Teile fast unfruchtbar...  
geworden, infolge der hohen Wasserstände. In Paris sind...  
von Paris sind 200.000 Hektar landwirtschaftlich...  
von der Erntezeit veranlassen, die jedoch kein Resultat...  
erlaubt. Auch aus verschiedenen anderen Distrikten des Nordens...  
kommen Nachrichten von plötzlichen Aufständen von...  
Börsen. Unter der Bevölkerung herrscht diesbezüglich große...  
Erregung.

**Wien, 24. Dezember. Am Mittwoch in Wienbörse...**

**Wien, 25. Januar. Die enorme Höhe der letzten Tage...**

**Wien, 25. Januar. Die enorme Höhe der letzten Tage...**

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**

**Die Arbeiter in der Fabrik und der Fabrik.**

Verbandsleitung hätten, alle zum Besten der Arbeiterschaft durchgeführt wurden. Der Arbeiterbericht ergab als Einnahme und Ausgabe für die Hauptliste 95 802,10 M., für die Nebelliste 36 286,69 M. An Unterhaltungen an Arbeitstische wurden 7176,00 M., an Kranke 19 892,15 M., für Rechtschutz 1088,71 M., für Streiks und Maßregelungen 2732,55 M. und für Sterbefälle 2618,50 M. sowie circa 500 M. Extrazustehenden für die Beurlaubungsgeld gewährt. Zum nächsten Bericht haben vier Entwürfe zur Beratung; dieselben gelangten ohne öffentliche Diskussion zur Annahme. Die Neubildung der Gesamterwaltung und der verschiedenen Kommissionen ging glatt vonstatten. Zum Teil wurden die alten Funktionäre wieder gewählt.

Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter, Jahreshilfe Kasse, Generalversammlung am 18. Januar. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen und Mitbegründers unserer Jahreshilfe, Lorenz Seifinger, in der üblichen Weise geehrt. Den Jahres- und Mälzereibericht erstattete der Geschäftsführer, Moll. Strauß. Er betonte, daß das vergangene Jahr, trotz der eingetretenen Krisis ein allgemein günstiges für unsere Jahreshilfe war. Mitgliederzahlveränderungen haben, am Orte 11 und auswärts 20 Mitglieder. Die Mitgliederzahl ist von 447 auf 558 gestiegen. Die Hauptliste hatte

eine Ausgabe von 5900,08 M., so daß an die Hauptverwaltung 5730,52 M. gefandt werden konnten. Der Sozialistenbeitrag beträgt ausgef. 4692,06 M. Dem Geschäftsführer wurde einstimmig Entlassung erteilt. Hierauf erbat Herr. Vize den Bericht zum Generalkongress zu stellen. Die Resultate des Vorjahres zeigte folgendes Ergebnis: erster Vorsitzender Seeger, zweiter Langrock, erster Kassierer Strauß, zweiter Miltzsch, erster Schriftführer Wank, zweiter Vize. Ins Kartell wurden Carl, Junghut, Franz Scherke und Ernst Enslin. Einige interne Angelegenheiten wurden dem Vorstand übergeben.

Die Steinarbeiter hielten am 19. Januar ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab dem Geschäftsbericht in knappen Zügen ein Bild vom verflochtenen Jahre. Daraus war zu ersehen, daß wir mehrere Male gezwungen waren, Tarifdurchbrüche seitens der Unternehmer abzuwehren, und daß wir nur durch ein einiges und geschlossenes Zusammenhalten auch in Zukunft in der Lage sind, bezügliche Manipulationen den Unternehmern abzuwehren. Der Punkt Massenbericht ergab, daß sich unsere Massenverhältnisse in better Ordnung befinden. Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurden die folgenden Montag als Vorsitzender, Peter als Kassierer und Siegmund als Schriftführer einstimmig wiedergewählt. Kritisiert wurde noch

das Verhalten einiger Kollegen, die sich das ganze Jahr in der Verarmung haben lassen.

**Briefkasten der Redaktion.**  
 G. St. 1010. Wenn der Betrag der Beiträge gerichtlich festgestellt ist, brauchen die Feigen Nichtskanonen mehr. Die Eltern des unglücklichen Vaters sind zur Zahlung nicht verpflichtet. Contentius muß die Armenbedürftige Unterbringung leisten.  
 Was bringt die neue Welle? Hierzu machen wir die schätzten Leser auf die heutige Welle des weltweiten Zusammenbruchs von Lehmann & Wey in Braunschweig aufmerksam, und rufen die vorerwähnte Dreipennigkeit, um sofort Kontakt mit der Mutter zu erhalten.

Bestbewährte gesunde und Magen-darmkranke Kinder-Nahrung für: schwächliche, so wie erkrankte zurückgebliebene Kinder.

**Kufeke**

**Wahalla-Theater**  
 Anfang 8 Uhr.  
**Der Liebesonkel**  
 Große Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten.  
 40 Personen.  
 Glänzendes Ausstattung.  
 Dienstag (Kaisers Geburtstag): Festvorstellung.  
**Walter Kollo**  
 am Dirigentenpult.  
 Tageskasse von 10-15, und 4-6 Uhr.

**Stadttheater Halle (S.)**  
 General 1181.  
 Direktion: Geh. Hofrat Richards.  
 Dienstag d. 27. Januar 1914  
 Nachmittags 3 Uhr:  
 Bei kleinen Preisen  
 Schüler-Fest-Vorstellung:  
**Zopf und Schwert.**  
 Historisches Lustspiel in 5 Aufzügen  
 von Karl Gupkow.  
 Kassenöffnung, 2½ Uhr, 3 Uhr,  
 Ende gegen 6 Uhr.  
 Abends 7 Uhr:  
 188. Vorst. im Abonn. 2. Viertel.  
 Bei festlich erleuchtetem Hause:  
**Die Meistersinger von Nürnberg.**  
 in 3 Aufzügen, von Rich. Wagner.  
 Kassenöffnung 6½, Anfang 7 Uhr.  
 Ende 11½ Uhr.  
 Mittwoch d. 28. Januar 1914:  
 139. Vorst. im Abonn. 3. Viertel.  
 Novität:  
 Zum 2. Male:  
**Das Buch einer Frau.**  
 Lustspiel in 3 Akten  
 von Lothar Schmidt.

**Koche mit Knorr**

Montag: Knorr-Grünerisuppe  
 Dienstag: " Reisuppe  
 Mittwoch: Knorr-Eierbelesuppe  
 Donnerstag: " Blumentobisuppe  
 Freitag: Knorr-Hausmacherisuppe  
 Sonnabend: " Frankfurterisuppe  
 Sonntag: Knorr-Königinisuppe

48 Sorten Knorr-Suppen.  
 \*2028 1 Würfel 3 Keller 10 Pfg.

**PASSAGE-THEATER**  
 Lichtspielhaus  
 Halle (Saale), Leipzigerstrasse 88.  
 Ab Dienstag den 27. Januar:  
**Vollständig neues Programm!**  
**Rita Sacchetto,**  
 die weltberühmte Meisterin der rhythmischen Tanzkunst,  
 zeigt sich uns in der hervorragenden Film-Burleske,  
 betitelt:  
**Die weisse Dame.**  
 Die Künstlerin spielt ihre Rolle mit natürlicher Anmut,  
 und ihre Bewegungen prädestinieren sie zu den Darstellungen jener weiblichen Rollen, die königliche Bewegungen und GröÙe verlangen.  
 Sie ist, wie sie ein spanisches Blatt nennt:  
 „La reine des attitudes!“  
 „La princesse des gestes!“  
 Dieser Aufführung voraus geht ein erstklassiges Beiprogramm.  
 Beginn der Vorführungen präzise 4 Uhr.  
 Die Direktion.

**„Frauen Warnung!“**  
 Lassen Sie sich nicht irre führen durch unser seltene Präparat. Verlang. Sie bei Kr. Störungen sofort unsere garant. unersch. vorz. wirkende Mittel zu 600 Pf. Briefmarken.  
**Extrakt Nr. 5.00.**  
 Pulver nur 2.00 (auch 3.00 lit.).  
 Auskurst oern und kostenlos: brieflich verschlossen gegen 20 Pf. Briefmarken.  
**Gummi-Spül-Apparat**  
 und Apparate enorm billig: beste Qualitäten! Nur 4.00 5.50 6.50. Gute: 1.95 2.00.  
 Doppel-Obyses nur 1.35.  
 Diskreter Versand.  
**Dr. med. Ernst Geyer & Co.**  
 (Sanitas-Depot)  
 Halle a. d. S., Leipzigerstr. 11.  
 Kleiner Sauberg.  
 Eingang gegenüber Ulrichskirche.  
 Kein Laden. Frauenbedienang.

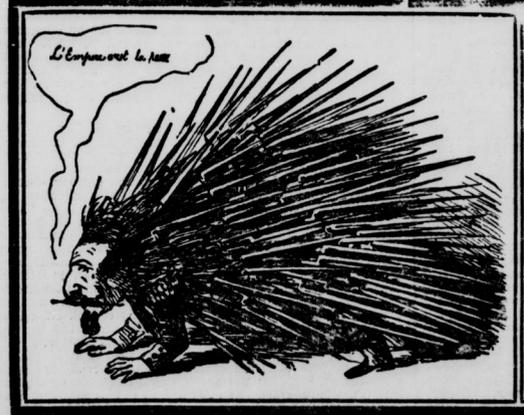
**Apollo-Theater**  
 Nur noch 6 Tage:  
**8 Malmsten,**  
 Stadtkapellmeister 1. Rang.  
**Rudolf Mälzer**  
 6 Marnos,  
 herorr. Schmeubrettkröb.  
 Carl Schmitz, Burleske:  
 „Schwindelmeier“,  
 u. d. übrigen gr. Attraktionen.  
 Voranzeige für 1. Februar:  
**Amerikas grösste Sensation!**  
**Das Unterseeboot.**  
 Ein Marine-Ereignis in 1 Akt  
 von Lorenz u. Penard.  
 Ausgeführt d. Bert. Bernard Co.  
 In London  
 über 1000 Aufführungen!

**Grosse Eislauf-Konkurrenz**  
 Eisbahn Ziegelwiese  
 unter Mitwirkung von Kunstläufern.  
 am Dienstag den 27. Januar, nachmittags 9 Uhr.  
 Konzert von der verstärkten Eohland-Kapelle.  
 Eintritt: Erwachsene 50 Pf. - Schüler bis zu 14 Jahren 20 Pf. - Abonnements Gältigkeit.  
 Programm:  
 1. Schnelllaufen für Knaben und Mädchen bis 14 Jahren. 6 Preise.  
 2. Schnelllaufen für Erwachsene. 2 bis 3 Preise.  
 3. Kürlaufen für Knaben und Mädchen. 2 bis 3 Preise.  
 4. Kunstlaufen und Kürlaufen für Herren. 3 Preise.  
 5. Walzeranz und Tango. Erinnerungspreise für die Damen.  
**Vier Kunstläufer,** Geschw. Roloff-Petersburg, werden in den Pausen laufen.  
 Starfeld:  
 für Knaben bis 14 Jahre . . . 25 Pf.  
 für Erwachsene . . . . . 50 Pf.

**„Wahrer Jakob 1914“**  
 Nr. 3.  
 Preis 10 Pf.  
**Gleichheit**  
 Nr. 9.  
 Preis 10 Pf.  
 Zu beziehen durch alle Aus-  
 träger und die  
**Volksbuchhandlung,**  
 Harz 29.

**„Frauen Warnung!“**  
 Lassen Sie sich nicht irre führen durch unser seltene Präparat. Verlang. Sie bei Kr. Störungen sofort unsere garant. unersch. vorz. wirkende Mittel zu 600 Pf. Briefmarken.  
**Extrakt Nr. 5.00.**  
 Pulver nur 2.00 (auch 3.00 lit.).  
 Auskurst oern und kostenlos: brieflich verschlossen gegen 20 Pf. Briefmarken.  
**Gummi-Spül-Apparat**  
 und Apparate enorm billig: beste Qualitäten! Nur 4.00 5.50 6.50. Gute: 1.95 2.00.  
 Doppel-Obyses nur 1.35.  
 Diskreter Versand.  
**Dr. med. Ernst Geyer & Co.**  
 (Sanitas-Depot)  
 Halle a. d. S., Leipzigerstr. 11.  
 Kleiner Sauberg.  
 Eingang gegenüber Ulrichskirche.  
 Kein Laden. Frauenbedienang.

**Dr. med. Ernst Geyer & Co.**  
 (Sanitas-Depot)  
 Halle a. d. S., Leipzigerstr. 11.  
 Kleiner Sauberg.  
 Eingang gegenüber Ulrichskirche.  
 Kein Laden. Frauenbedienang.



**Die Welt in Waffen**  
 Der Unterzeichnete bestellt bei der  
**Volksbuchhandlung**  
 Halle a. S., Harz 29  
**Die Welt in Waffen**  
 in 80 reich illustrierten Heften zum  
 Preise von 20 Pfennig wöchentlich  
 ins Haus zu liefern.  
 Name: \_\_\_\_\_  
 Ort: \_\_\_\_\_  
 Wohnung: \_\_\_\_\_  
 (Dieser Zettel kann auch dem Zeitungs-  
 boten mitgegeben werden.)



